



Regierungsprogramm

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
1969

SPD

Erfolg, Stabilität, Reform.

6999



Regierungsprogramm

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
1969

Beschlossen
vom Außerordentlichen Parteitag der SPD
am 17. April 1969 in Bad Godesberg

Mitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung

PV 727

A 6999

Vorwort

In dem hier veröffentlichten Regierungsprogramm erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wie ihrer Meinung nach die Politik für unsere Bundesrepublik in den nächsten vier Jahren gestaltet werden soll.

Das Programm ist mit den Kernworten „Erfolg — Stabilität — Reformen“ überschrieben. Damit ist die Linie festgelegt, auf der wir in den nächsten Jahren arbeiten und führende politische Verantwortung tragen werden: Sicherheit für die Zukunft muß bedeuten, sich schon heute auf die Aufgaben von morgen einzustellen.

Die SPD hat in der jetzigen Regierung trotz zahlreicher Widerstände und Hemmnisse eine erfolgreiche Politik betrieben. Eine Reformpolitik, die die Stabilität unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung garantiert und notwendige Änderungen beschleunigt, ist jedoch nur gewährleistet, wenn mehr Sozialdemokraten in den Bundestag gewählt werden, wenn die Sozialdemokraten das Mandat zur politischen Führung der Bundesrepublik erhalten.

Die Erfahrung hat gezeigt: Wenn Sozialdemokraten die Politik der Regierung mitbestimmen, ist der wirtschaftliche Aufschwung gesichert, werden unsere Interessen in der Welt vernünftig vertreten, werden Voraussetzungen für eine solide Reformpolitik geschaffen.

Die Bürger dieses Landes sind gut beraten, wenn sie den Sozialdemokraten das Vertrauen schenken und ihnen den Auftrag geben, die Politik der Stabilität, des Friedens und der Reformen konsequent und erfolgreicher fortzusetzen.

Willy Brandt

(Willy Brandt)

17. April 1969

Die SPD in der Regierungsverantwortung

Die Sozialdemokratische Partei hat in der Regierungsverantwortung bewiesen, daß ihre Politik erfolgreich und richtig ist.

Die Bundesrepublik war im Herbst 1966 in eine schwere Krise geraten; für die damalige CDU/CSU-FDP-Bundesregierung war die Situation ausweglos. Um Volk und Staat vor weiterem Schaden zu bewahren, entschloß sich die SPD im Dezember 1966, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie konnte als einzige Partei ein realistisches Programm für den Weg aus der politischen und wirtschaftlichen Krise vorlegen. Dieses Acht-Punkte-Programm der Sozialdemokratischen Partei stellte die Bedingungen für die künftige Politik und wurde damit zur Grundlage unseres Aufschwungs.

Die Erfolge der neuen Politik:

- Die Krise wurde überwunden.
- Die Gefahr der außenpolitischen Isolierung ist beseitigt worden.
- Unsere Wirtschaft floriert wieder.
- Unser Handel mit den Staaten der Welt blüht.
- Die Deutsche Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt.
- Niemand braucht mehr Angst um seinen Arbeitsplatz zu haben.
- Die Sozialleistungen sind wieder gesichert.
- Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.

Das beweist: Ohne die SPD ging es abwärts — mit der SPD geht es aufwärts.

Friedenspolitik: Sicherheit und Entspannung

*Unser nationales Interesse verlangt:
Freundschaft mit dem Westen und Verständigung mit dem Osten*

Unsere Sicherheit ist nur dann gewährleistet, wenn die Bundesrepublik eine aktive Friedenspolitik betreibt. Deshalb werden wir die von der Sozialdemokratischen Partei eingeleitete neue Außenpolitik konsequent und illusionlos fortsetzen. Sie hat das Ansehen unseres Landes gestärkt, sein politisches Gewicht erhöht und uns in der Welt neue Freunde gewonnen.

Ziel unserer Außenpolitik ist es, den Weg zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa zu bahnen.

Dazu gehört:

Wir werden das nordatlantische Bündnis weiter stärken. Es zählt zu den Grundlagen unserer Friedenspolitik. Das NATO-Bündnis hat zwei Aufgaben: Sicherheit der Mitgliedstaaten und Entspannung in Europa.

Gemeinsam mit den verbündeten Staaten werden wir auf eine gleichzeitige und gleichwertige Truppenreduzierung in Ost- und Westeuropa hinwirken. Wir verzichten weiterhin auf Produktion und Erwerb atomarer Waffen. Für den Vertrag zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen haben wir uns klar entschieden.

Wir werden uns für eine politische und wirtschaftliche Stärkung der Europäischen Gemeinschaft sowie für ihre Demokratisierung und wirksame parlamentarische Kontrolle einsetzen. Eine stabile Europäische Gemeinschaft ist wichtig für unser Wirtschaftswachstum. Sie gibt unserer Friedenspolitik Kraft und Rückhalt und bleibt die Grundlage eines künftigen vereinigten Europas. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß Großbritannien und andere zum Beitritt entschlossene Länder so rasch wie möglich in die Gemeinschaft aufgenommen werden.

Die von uns mitgetragene Bundesregierung hat die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas verbessert. Wir werden diese Anstrengungen konsequent fortsetzen. Sie sind ein zentraler Bestandteil unserer Friedenspolitik.

Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

Wir können nicht abseits stehen, wenn es um die Lösung der drängenden Probleme der Dritten Welt geht. Das soziale Gefälle zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern gefährdet den Frieden. Gelingt es nicht, die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern nachhaltig zu verbessern, sind auch unsere Gesellschaft und unser Wohlstand gefährdet.

Die Bundesrepublik — zweitgrößte Handelsnation der Erde — stellt sich der Aufgabe unserer Zeit, durch Zusammenarbeit über die Grenzen Europas hinaus ihren Beitrag für eine raschere wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt und damit für den Frieden zu leisten. Sie muß dafür ihre wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sittlichen Kräfte mobilisieren. Entwicklungshilfe nützt beiden Seiten. Die Länder der Dritten Welt gehören zu unseren wichtigsten Partnern von morgen.

Deutschlandpolitik: Verständigung und geregeltes Miteinander

*Der Frieden verlangt die Verständigung
der beiden Teile Deutschlands*

Die Lebensfähigkeit Berlins und die Freiheit der Zufahrtswege müssen weiterhin gesichert werden. West-Berlin muß die Möglichkeit bekommen, zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Teile Deutschlands beizutragen.

Eine dauerhafte europäische Friedensordnung und das Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands erfordern, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR verbessert werden.

Angesichts der Tatsache, daß die Führungsorgane von SED und DDR noch nicht einmal gewillt sind, in sachliche Verhandlungen über die Normalisierung der Verhältnisse in Deutschland einzutreten, sind die Anerkennungsforderungen der Regierung der DDR kein konstruktiver Beitrag zu geregelten innerdeutschen Beziehungen.

Wir wollen weiterhin alles tun, um das Verhältnis zwischen beiden Teilen Deutschlands zu entkrampfen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR müssen verstärkt und erweitert werden.

Wir streben umfassende Vereinbarungen an, die ein geregeltes Miteinander der beiden Teile Deutschlands, die füreinander kein Ausland sind, sichern. Der Personen- und Güterverkehr muß zum beiderseitigen Vorteil allmählich von den bestehenden Beschränkungen entlastet werden.

Innerdeutsche Beziehungen aller Art — insbesondere kulturelle und sportliche Veranstaltungen — sollen sich nach den Regeln entfalten können, die für den jeweiligen Bereich gültig sind.

Wir bieten der DDR Verhandlungen ohne jegliche Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu den Formen der Zusammenarbeit führen, die im beiderseitigen Interesse liegen.

Wirtschaft und Finanzen: Stabilität durch Wachstum

*In zwei Jahren haben wir erreicht: Sichere Arbeitsplätze,
Stabilität der DM, steigende Einkommen,
Festigung der marktwirtschaftlichen Ordnung*

Die moderne Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten hat sich bewährt. Wir werden sie konsequent fortsetzen. Schwerpunkte unseres wirtschaftspolitischen Programms sind:

Wir werden auch künftig den Arbeitnehmern die Vollbeschäftigung und den Selbständigen die wirtschaftliche Existenz sichern. Niemand wird um den Arbeitsplatz fürchten müssen. Die Realeinkommen werden weiter steigen.

Wir werden dafür sorgen, daß Rationalisierung und technischer Fortschritt nicht zu Lasten des einzelnen gehen.

Das Wachstum nach Maß wird von den Sozialdemokraten gewährleistet.

Wir werden die von uns geschaffenen Instrumente des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes zielbewußt einsetzen.

Die Stabilität des Preisniveaus wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen innere und äußere Gefahren verteidigt. Um marktgerechte Preisentwicklungen zu erreichen, wird die Preisbindung für Markenartikel, deren Beseitigung bisher am Widerstand, der CDU/CSU scheiterte, aufgehoben. Die Reform des Wettbewerbsrechts wird dazu beitragen, den Mißbrauch von Marktmacht auszuschließen (Fusionskontrolle, laufende Konzentrationsberichterstattung, Verbot von Knebelungsverträgen).

Diese Politik dient dem Verbraucher. Wir werden ferner dafür sorgen, daß das Warenangebot in Qualität und Preis vergleichbar ist. Eine Reform des Abzahlungsrechts wird den Käufer besser schützen.

Sollen Wachstum und Stabilität gewährleistet bleiben, sind ständige Strukturveränderungen notwendig. Wir müssen diesen Wandel gestalten.

Das von uns verwirklichte erfolgreiche Sanierungsprogramm für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenreviere hat den Menschen an Ruhr und Saar die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze wiedergegeben. Diese Anstrengungen sind wegweisend für unsere weiteren Investitionsprogramme für das Saarland, das Zonenrandgebiet, das bayerische Grenzland und alle anderen strukturschwachen Gebiete.

Für landwirtschaftliche Problemgebiete werden besondere Aktionsprogramme entwickelt, durch die die Agrarstruktur verbessert wird und neue gewerbliche Arbeitsplätze als echte Alternative geschaffen werden. In der Agrarpolitik bieten wir der deutschen Landwirtschaft eine Neuorientierung an. Unser Ziel ist eine marktorientierte, sozialbewußte und einkommensgerechte Agrarpolitik. Wir streben eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft an, deren Arbeits- und Lebensbedingungen mit denen anderer Wirtschaftszweige vergleichbar sind.

Wir werden die Entwicklung und Anwendung moderner Produktionsverfahren und die in vielen Branchen notwendigen Anpassungen und Umstellungen zielbewußt fördern. Die regionalen Förderungsprogramme werden in einem Bundesentwicklungsplan zusammengefaßt. Der Bundesentwicklungsplan gibt für die Teillräume der Bundesrepublik langfristige Entwicklungsziele an. Der wirtschaftliche Aufschwung und der technische Wandel müssen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Die öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen sind daher so aufeinander abzustimmen, daß die wesentlichen Maßnahmen nach Sachgebieten und Räumen in zeitlicher Reihenfolge für die nächsten 10 Jahre festgelegt werden.

Wir werden unserem Land seine Stellung als bedeutende Industrienation erhalten.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird weiterhin eine Politik der Vorausschau und der Vernunft sein. Die hochindustrialisierte deutsche Volkswirtschaft verlangt wissenschaftlich fundierte Programme mit realistischer Zielsetzung. Wege und Ziele werden wir wie bisher mit den Tarifpartnern abstimmen. Die Konzentrierte Aktion wird bleiben.

Demokratie auch in der Wirtschaft

Die Arbeitnehmer haben die Hauptlast des wirtschaftlichen Wiederaufbaus getragen. Sie wollten und wollen nicht die Rekonstruktion des Alten, sondern die Konstruktion des Neuen. Zum Staatsbürger gehört in der Demokratie der gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. Daher verlangen wir die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und einen Ausbau der Aufgaben und Rechte der Betriebsräte; dafür haben wir unsere Gesetzentwürfe bereits vorgelegt. Wir wollen die Aufsichtsratsbezüge bei Aktiengesellschaften begrenzen.

Gesunde Finanzen: Grundlage gesellschaftspolitischer Reformen

Die Finanzpolitik ist ein Instrument der politischen Gestaltung und dient der Verwirklichung gesellschaftspolitischer Zielsetzungen.

Mit der auf Drängen der SPD verwirklichten mittelfristigen Finanzplanung können wir eine geordnete, unter Kontrolle gehaltene öffentliche Finanzwirtschaft erreichen. Die mittelfristige Finanzplanung muß so weiterentwickelt werden, daß die politischen Schwerpunkte besser gesetzt und klarer erkannt werden können.

Die auf unser Verlangen begonnene Finanzreform besitzt hohen staatspolitischen Rang. Sie wird eine den Bedürfnissen der Gegenwart und der Zukunft besser als bisher angepaßte Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand sicherstellen sowie das System der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden stabiler und funktionsfähiger gestalten.

In den nächsten Jahren muß ein gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem eingeführt werden.

Die eingeleitete umfassende Steuerreform muß vom Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit bestimmt werden.

Der Arbeitnehmer-Freibetrag bei der Lohnsteuer wird zugunsten der Arbeitnehmer verdoppelt. Die Steuerabzugsmöglichkeiten bei den Sonderausgaben und bei den Werbungskosten für Arbeitnehmer sind zu erweitern.

Für Großvermögen ist der Tarif der Erbschaftsteuer anzuheben. Die großzügigen Gestaltungsmöglichkeiten im Erbschaftsteuerrecht sind für Großvermögen einzuschränken. Die Spitzensätze der Einkommensteuer bedürfen der Überprüfung.

Die Neuordnung der Vermögensteuer muß die Abzugsfähigkeit bei der Einkommensteuer als Sonderausgabe auf Höchstbeträge zur Entlastung der vielen kleinen Vermögensbesitzer beschränken.

Der Familienlastenausgleich in der Steuergesetzgebung durch Kindergeld und durch Ausbildungsbeihilfen wird verbessert und zu einem einheitlichen, gerechten System zusammengefaßt.

Damit jedermann am Wirtschaftswachstum teilhaben und Vermögen bilden kann, sind neben einer aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik und Maßnahmen zur Stärkung der Massenkaufkraft zusätzliche Regelungen erforderlich. Staatliche Sparförderung und Steuererleichterungen haben größere Möglichkeiten für die Tarifpartner zu schaffen. Lohn- und Einkommenspolitik auch als Vermögenspolitik zu betreiben. Günstige Sparmöglichkeiten müssen den Be-

ziehern niedriger Einkommen geboten werden. Die freiwillige oder zwischen den Tarifpartnern zu vereinbarenden Übertragung von Vermögensbestandteilen der Unternehmen auf die Arbeitnehmer ist durch steuerliche Maßnahmen voranzutreiben.

Gesunde Finanzen sind die Grundlage eines gesunden Staates. Wir werden sie weiter sichern.

Ordnung des Verkehrs

Die Ordnung des Verkehrs ist eine wichtige Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und die künftige gesellschaftliche Entwicklung.

Gegen erheblichen Widerstand der CDU haben wir ein Reformprogramm durchgesetzt, mit dem wesentliche Elemente des verkehrspolitischen Programms der SPD verwirklicht wurden.

Wir haben eine vernünftige Arbeitsteilung im Güterfernverkehr möglich gemacht. Die eingeleitete Zusammenarbeit von Bundesbahn und Güterfernverkehr wird zur Entlastung unseres Straßennetzes und zur besseren Nutzung der Kapazitäten der Bundesbahn weiter gefördert werden.

Wir werden das Programm zur Gesundung der Deutschen Bundesbahn fortsetzen und die Ertragslage weiter verbessern.

Wir werden ein umfassendes Bauprogramm für die Bundesfernstraßen verwirklichen. Die Lösung der gemeindlichen Verkehrsprobleme hat einen besonderen Rang. Der Bund muß dafür weiter finanzielle Hilfe leisten.

Wir werden die Anstrengungen zur größeren Sicherheit im Straßenverkehr und der auf unseren Straßen fahrenden Kraftfahrzeuge verstärken.

Die eingeleitete Verkehrsreform muß fortgesetzt werden.

Soziale Wohnungspolitik — moderner Städtebau

Die Schaffung ausreichenden Wohnraums zu tragbaren Kosten gehört zu den entscheidenden gesellschaftspolitischen Aufgaben.

Die von der CDU/CSU und FDP zu früh vorgenommene Aufhebung der Mietpreisbindung hat zu ständig steigenden Mieten vor allem in den Ballungsgebieten geführt. Dem kann nur durch ein genügend großes Angebot an Woh-

nungen, durch Maßnahmen gegen Bodenspekulation und durch Rationalisierung des Bauwesens zur Senkung der Baukosten entgegengewirkt werden. Die Bekämpfung der Bodenspekulation setzt ein modernes Bodenrecht voraus. Bodenwertsteigerungen, die durch Maßnahmen der Allgemeinheit bewirkt werden, müssen zur Mitfinanzierung der wertsteigernden Maßnahmen herangezogen werden. Ungerechtfertigte Spekulationsgewinne sind steuerlich zu erfassen. Erst dadurch wird moderner Städtebau möglich, erst dadurch wird die soziale Bindung des Eigentums an Grund und Boden Wirklichkeit.

Jede Familie hat Anspruch auf eine familiengerechte Wohnung. Das darf nicht von ihren Einkommensverhältnissen abhängig sein. Nachdem die SPD erreicht hat, daß ein neues Mietrecht Millionen Mieter wirkungsvoll schützt und der soziale Wohnungsbau erneut vorangetrieben wird, müssen im Wohnungs- und Städtebau umfassende Reformen eingeleitet werden.

Den Bau von Wohnungen für junge Ehepaare, kinderreiche Familien und ältere Menschen werden wir verstärkt fördern. Die Einkommensgrenzen in der Wohnungsbauförderung und die Mietobergrenzen im Wohngeldgesetz müssen den veränderten Verhältnissen angepaßt werden.

Sozialpolitik: Sicherheit und Gerechtigkeit

*Das Recht jedes Bürgers auf soziale Sicherheit
verpflichtet den Staat*

Die SPD hat verhindert, daß die Lasten der Rezession einseitig auf die sozial Schwächeren — vor allem Rentner und Arbeitnehmer mit kleinem Einkommen — abgewälzt wurden. Die SPD hat die Anpassung der Renten an Bruttolöhne und -gehälter erfolgreich verteidigt. Es ist deshalb gelungen, die Renten in drei Jahren um 24 Prozent zu erhöhen.

Wir werden die dynamische Rente durch langfristige Finanzgrundlagen, durch ausreichende Bundeszuschüsse und durch zumutbare Beiträge endgültig sichern. Niemand braucht um seine Rente zu bangen.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird die Volksversicherung durchsetzen. Nach Aufnahme aller Angestellten in die Rentenversicherung wird auch Selbständigen und Hausfrauen (Hausfrauenrente) die Teilnahme an der sozialen Altersversicherung ermöglicht. Die SPD wird schrittweise die Wahlfreiheit der Altersgrenze einführen.

Reformen der staatlichen Ordnung

*Die nächsten Jahre müssen zu Reformen
unserer staatlichen Ordnung genutzt werden*

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat einen Entwurf zur Parlamentsreform vorgelegt. Die Arbeit des Deutschen Bundestages muß wirksamer und übersichtlicher werden. Das Parlament muß die Bürgerrechte besser schützen können.

Regierung und Verwaltung werden auf den Stand der modernen Leistungsgesellschaft gebracht. Die Ergebnisse von Forschung und Technik — insbesondere die modernen Informationsverfahren — sind der öffentlichen Verwaltung nutzbar zu machen.

Für Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst soll ein modernes Dienstrecht geschaffen werden. Das Laufbahnrecht muß gelockert werden. Besonders für Führungskräfte muß der Wechsel von privatwirtschaftlicher Berufstätigkeit in den öffentlichen Dienst attraktiver gemacht werden.

Die Bundeswehr kann ihren Verteidigungsauftrag als Armee im demokratischen Staat nur erfüllen, wenn ihre gesellschaftliche Aufgabe anerkannt wird. Wir werden dafür sorgen, daß die Soldaten sich als Teil unserer Gesellschaft verstehen können. Besoldungs- und Laufbahnrecht müssen den Anforderungen, die eine hochtechnisierte Armee stellt, entsprechen.

Die von uns eingeleitete Justizreform wird fortgeführt. Der Gerichtsaufbau muß gestrafft und überschaubar gemacht, die Verfahrensdauer verkürzt und dadurch der Rechtsschutz für den Bürger verbessert werden. Die Unabhängigkeit der Richter muß gestärkt werden. Mehr als bisher sollten Juristen, die außerhalb der Gerichtsbarkeit Berufserfahrung gesammelt haben, zum Richter berufen werden. Die von den Sozialdemokraten vorangetriebene Strafrechts- und Strafvollzugsreform wird zum Abschluß gebracht.

Die erfolgreiche Bekämpfung der steigenden Kriminalität ist eine wichtige Aufgabe deutscher Innenpolitik. Die Polizei muß hierzu besser ausgerüstet, ausgebildet, organisiert sowie verstärkt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist zu intensivieren. Eine sozialdemokratische Bundesregierung

Jeder Bürger muß klar erkennen können, auf welche Sozialleistungen er Anspruch hat. Durch eine Rentenberechnung nach Punkten werden wir jedem die Möglichkeit geben, seine Rente selbst auszurechnen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Lohnfortzahlung für erkrankte Arbeiter und zur stufenweisen Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte eingebracht. Diese Initiativen werden wir verwirklichen.

Die SPD wird dem Streit um die Erhöhung der Kriegsofferrenten ein Ende bereiten. Die Kriegsofferrenten werden in Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung angeglichen (Dynamisierung).

Die SPD hat erreicht, daß mittelfristige Wirtschaftspolitik und mehrjährige Finanzplanung durch ein Sozialbudget ergänzt worden sind. Das Sozialbudget soll unsere sozialen Leistungen in ihren wirtschaftlichen, finanziellen und gesellschaftspolitischen Bezügen darstellen. Diese vorausschauende Sozialpolitik werden wir weiter entwickeln.

Sicherung der Gesundheit

Die wachsenden Möglichkeiten des technischen Fortschritts müssen für den Schutz der Gesundheit des Menschen eingesetzt werden.

Vorbeugende Gesundheitspflege und die Frühdiagnose von Krankheiten werden wir durch gezielte Vorsorgeuntersuchungen intensiv weiterentwickeln. Die Erkenntnisse der modernen Arbeitsmedizin müssen überall zugunsten des Arbeitnehmers angewendet werden.

Für die Bekämpfung der weit verbreiteten Krankheiten unserer Zeit, wie Krebs, Herz-Kreislaufschäden, Stoffwechselkrankheiten, werden wir alle Möglichkeiten der medizinischen Wissenschaft mobilisieren.

Ein bedarfsgerecht gegliedertes System leistungsfähiger Krankenhäuser muß den gleichberechtigten Anspruch aller Bürger auf eine Krankenhausversorgung sichern, die den heute gegebenen Möglichkeiten der Wiederherstellung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit entspricht. Für diese Versorgung muß die Finanzierung gesichert werden.

Wir werden die sportliche Betätigung stärker fördern und die Bemühungen der Deutschen Olympischen Gesellschaft unterstützen. Jede neue Sporteinrichtung dient der Gesundheit und der Erholung. Neben der Unterstützung der Olympischen Spiele 1972 darf die bisherige Sportförderung nicht eingeschränkt werden. Vorhandene Initiative in Vereinen und Gemeinden muß weiter gestützt werden. Wir werden den Sport von jeder Art politischer Auflage freihalten.

wird besonders zum Einsatz moderner Techniken, wie Datenverarbeitung und Bildfunkstrecken, mehr Initiative ergreifen. Eine leistungsfähige Hochschule zur Ausbildung des Führungspersonals der deutschen Polizei ist von Bund und Ländern zu errichten.

Freiheit und Ordnung als Grundlagen des demokratischen Staates

Freiheit und Ordnung sind keine Gegensätze. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis. Es muß demokratisch gestaltet werden.

Den Gefahren, die aus der zunehmenden Pressekonzentration entstehen, muß wirksam entgegengetreten werden. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird Jahresberichte über die Entwicklung im Pressewesen erstatten, die Offenlegung der Eigentumsverhältnisse der Verlage durchsetzen und eine Fusionskontrolle einleiten. Durch Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die Vielfalt der Presse zu sichern. Die Unabhängigkeit der Redaktionen ist zu stärken.

Wir behagen uneingeschränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Dieses Recht findet eine Grenze nur dort, wo die Rechte anderer verletzt werden. Wir werden aber gegen jeden Versuch, die demokratische Ordnung zu beseitigen, entschieden Widerstand leisten.

Dem politischen Extremismus von links und rechts sagen wir den Kampf an. Wir werden die politische Auseinandersetzung mit den Extremisten überall führen. Dort, wo organisierte Gruppen und Parteien die Verfassungsrechte mißbrauchen, um die Demokratie zu zerstören, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung nutzen.

Bildungspolitik: Sicherheit und Fortschritt

*Bildung und Forschung
sind die entscheidenden Aufgaben der siebziger Jahre*

Die Sozialdemokratische Partei wird die begonnene Bildungsreform beschleunigen:

Das von uns in diesem Jahr vorgelegte „Modell eines demokratischen Bildungswesens“ ist die Grundlage dieser Reform. Der Bildungsplan, auf den sich die Sozialdemokraten in allen Bundesländern verpflichtet haben, sichert den jungen Menschen, unabhängig vom Einkommen der Eltern, gleiche Start- und Ausbildungschancen. Unser Bildungssystem bringt in einer Stufenfolge vom Kindergarten über die Gesamtschule bis zur Universität die Fähigkeiten und Interessen jedes einzelnen zur Entfaltung. Es verhindert Fehlentscheidungen im Bildungsgang.

Ein allgemeines und umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz wird ab 1970 eingeführt. Die Sozialdemokraten werden die dafür bisher vorgesehenen Mittel so verstärken, daß die Förderung in allen Ausbildungsgängen so schnell wie möglich gesichert wird.

Eine einheitliche moderne Berufsausbildung wird gewährleisten, daß jeder Arbeitnehmer mit den Anforderungen des raschen wirtschaftlichen Strukturwandels Schritt halten kann. Die Erwachsenenbildung einschließlich der Weiterbildung für das sich ständig verändernde Berufsleben muß allen Notwendigkeiten des „lebenslangen Lernens“ gerecht werden.

Die SPD wird sich für die Verbesserung und Erweiterung der Fortbildungseinrichtungen einsetzen, die dem Wiedereintritt von Frauen in das Erwerbsleben dienen. Dabei soll ihnen nicht nur die Rückkehr in den alten Beruf, sondern auch Weiterbildung und höhere Qualifizierung ermöglicht werden.

Vorausschauende Planung und gesetzliche Regelungen, insbesondere der Bildungsurlaub, werden die Arbeitnehmer in die Lage versetzen, sich beruflich und politisch weiterzubilden sowie sozial aufzusteigen.

Unsere Universitäten und Hochschulen sind in ihrer Struktur und in der Organisation des Lehrbetriebs veraltet. Ihre Reform wurde zu lange vernachlässigt. Die sozialdemokratischen Vorschläge zur Hochschulreform erhöhen die Leistungsfähigkeit der Universitäten, führen zu ihrer Demokratisierung und sichern die Freiheit von Forschung und Lehre.

Der Leistungsstand von Wissenschaft und Forschung entscheidet darüber, ob die Bundesrepublik in den nächsten Jahrzehnten eine der größten Industrienationen bleiben oder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken wird. Vom Stand der Forschung hängen Vollbeschäftigung und Lebensstandard ab. Wir werden Wissenschaft und Forschung großzügig fördern.

Prüfen und entscheiden

Nur wenn wir ein weitreichendes dynamisches Reformprogramm verwirklichen, ist die Zukunft unseres Landes gesichert. Die Wähler der Bundesrepublik sind in der Lage, die verbrauchten konservativen und die fortschrittlichen Kräfte in der deutschen Politik klar zu unterscheiden. Sozialdemokraten müssen die Führung übernehmen. Unsere Erfolge und unsere politische Erfahrung befähigen uns zu den durchgreifenden Reformen, die zur Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland notwendig sind.

Es geht nicht nur um die Macht von morgen. Aus der Unruhe dieser Zeit tritt die Frage in den Vordergrund:

Wie soll unsere Gesellschaft künftig aussehen?

Auf diese für unser Volk und die heranwachsende Generation schicksalhafte Frage geben die Sozialdemokraten eine solide Antwort. Leistung und Zielsetzung der SPD verdienen das Vertrauen der Bürger unseres Landes.